

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 – Imkerverband Rheinland-Pfalz e.V.

1. Unabhängiger Pflanzenschutzbeirat:

Auf Landesebene soll aus Vertretern der Naturschutz-, Landschaftspflege-, Imker-, Wasserversorger-, Verbraucherschutz-, Ökolandbau- und Landwirtschaftsverbänden ein unabhängiger Pflanzenschutzbeirat eingerichtet werden. Die breite der Gesellschaft soll abgebildet werden. Konflikte können innerhalb des Beirats auf einer Sachebene gelöst werden. Der Pflanzenschutzbeirat berät das Landwirtschafts- und das Umweltressort der Landesregierung, die Ausschüsse des Landtags und die Kommunen. Er begleitet Monitoringmaßnahmen und Pflanzenschutzanwendungen, entwickelt regional angepasste Strategien, vermittelt bei Streitigkeiten und schafft Transparenz.

SPD:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen solchen Beirat einzurichten?

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sollte unserer Ansicht nach so sparsam wie möglich erfolgen und in Zukunft weiter reduziert werden. Dazu bedarf es Anstrengungen aller Beteiligten ebenso wie der Beforschung und Entwicklung von Alternativen. Die zuständigen Behörden und das fachlich verantwortliche Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, aber auch der rheinland-pfälzische Landtag holen etwa im Rahmen von Anhörungen stetig Expertenwissen ein, gerade auch bei landwirtschaftlichen Themen wie dem Pflanzenschutz. Bei unseren DLRs ist ebenfalls große Erfahrung und Expertise vorhanden. Die Einrichtung eines eigenen Beirats zum Pflanzenschutz planen wir zunächst nicht. Wir werden jedoch einen landwirtschaftlichen Expertenkreis einrichten, der auf Dialog und Praxisorientierung setzt. Vertreter der Landwirtschaft, des Umweltschutzes, der Verbraucher, der Wirtschaft und des Tierschutzes können so im gemeinsamen Austausch einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen und den gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen erreichen.

Welche Ideen und Konzepte sind Ihrer Meinung nach geeignet, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten?

Wir wollen wie erwähnt grundsätzlich erreichen, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Landwirtschaft und Weinbau verringert wird. Potenziale sehen wir hier u.a. in einem entsprechenden Begrünungsmanagement und dem Einsatz von an den Klimawandel angepassten Bewirtschaftungssystemen. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist ein Austausch zwischen allen Akteuren wie Politik, Landwirten, Umwelt- und Naturschutzverbänden, Imkern usw. angezeigt; dafür werden wir uns einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Welche Möglichkeiten sehen Sie einen solchen Beirat einzurichten?

Grundsätzlich begrüßen wir eine breite Beteiligung von Verbänden, Unternehmen sowie Bürger*innen und Bürgern im demokratischen Prozess. Vor dem Hintergrund, dass die Pflanzenschutzmittelverordnung sowie die Zulassungsprüfung mit entsprechenden Vorgaben für die Anwendung und Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln zentral über die Bundesebene organisiert und geregelt ist, ist die Landesebene in ihren Möglichkeiten hier beschränkt. Gleichzeitig unterstützen und treiben wir alle Maßnahmen voran, die die tatsächliche Reduktion der im Land eingesetzten Pflanzenschutzmittel zum Ziel haben. Ein Beirat könnte hierzu ein Baustein sein.

Welche Ideen und Konzepte sind Ihrer Meinung nach geeignet, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten?

Wir verfolgen einen doppelten Ansatz von direkten Anreizprogrammen wie beispielsweise über unsere Agrarumwelt- und Artenschutzprogramme als auch über verbesserte Vermarktungsmöglichkeiten von ökologischen Erzeugnissen durch den Ökoaktionsplan und das Programm „Rheinland-Pfalz isst besser“. Dieser Aktionsplan wird mit allen Akteur*innen gemeinsam erarbeitet. Dadurch wollen wir zum einen die Artenvielfalt auf unseren Äckern und Wiesen erhalten und gleichzeitig den umweltschonenden Ökolandbau fördern. Unser Ziel ist es 30 Prozent der Flächen in Rheinland-Pfalz bis 2030 ökologisch zu bewirtschaften.

FDP:

Welche Möglichkeiten sehen Sie einen solchen Beirat einzurichten?

Eine Möglichkeit zur besseren Vereinbarkeit von Pflanzenschutz in Zusammenklang mit der Landwirtschaft sehen wir in der Einrichtung eines unabhängigen Beirats. Durch individuell festgelegte Beratungs-, Überwachungs- und Ausgleichfunktionen lassen sich die Aufgaben und Umsetzungen der gesetzlichen Vorgaben angepasst an die Interessen aller Akteure ausführen.

Welche Ideen und Konzepte sind Ihrer Meinung nach geeignet, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten?

Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz hat einen immensen Stellenwert und zeichnet sich durch ihre Kulturartenvielfalt aus. Unsere Landwirtinnen und Landwirte tragen täglich dazu bei unsere Umwelt, unsere ländlichen Räumen sowie eine gute Ernährung zu erhalten und bewahren so unsere wertvolle Tier- und Pflanzenwelt. Die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz stehen fest an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern. Ebenso steht unsere heimische Agrarwirtschaft vor sehr großen Herausforderungen, denen wir konsequent begegnen. Dazu zählen unter anderem der Klimaschutz, steigende gesellschaftlichen Erwartungen bei Tierwohl und Nachhaltigkeit, veränderte Ernährungsgewohnheiten und die Verschärfung von Umweltauflagen zur Düngung und Pflanzenschutz. Unsere Aufgabe ist es moderne Landwirtschaft weiterhin noch stärker in Einklang mit unserer Ökologie zu bringen. Auch insbesondere durch die Umsetzung wirksamer Pflanzenschutzstrategien wollen wir die Landwirtschaft und den Weinbau in Rheinland-Pfalz zukunftsfähig halten. Neue auftretende Schädlinge oder Krankheiten bedrohen dennoch in zunehmendem Maße unsere Kulturpflanzen, daher ist die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und ihre Verfügbarkeit für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz essenziell.

Die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz fördern unsere Landwirtschaft auf Basis von Wissenschaft und Forschung und greifen ebenso auf die Verbindung von Tradition und Erfahrung zurück. Unsere landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmern sollen selbstbestimmt und sachkundig ihrer Arbeit nachgehen können. Dabei lehnen wir pauschalisierende Verbote ab und fordern stattdessen eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien. Das Bekenntnis der Branche zu eigenverantwortlichem Handeln ist der beste Weg, den immer höher werdenden Anforderungen der Gesellschaft an den ressourcenschonenden Einsatz von Dünge- wie auch Pflanzenschutzmitteln Rechnung zu tragen, anstelle pauschaler und willkürlicher Quoten zur Senkung von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln. Großen Chancen sehen wir zudem in digitalen Innovationen für die Landwirtschaft, welche durch neue Technologien, die Menge an Pflanzenschutzmitteln reduzieren und eine präzisere Anwendung ermöglichen. Neben dem klassischen chemischen Pflanzenschutz werden biologische, rückstandsarme Pflanzenschutzmittel weiter an Bedeutung gewinnen. Diese alternativen Verfahren gilt es verstärkt zu fördern. Somit wird es möglich sein, die besten Instrumente aus Saatgut, Pflanzeigenschaften, digitalen Services und Pflanzenschutz

miteinander zu kombinieren. Ebenso ist eine ausreichende Verfügbarkeit von verschiedenen Mitteln für den Pflanzenschutz und den Vorratsschutz im Sinne einer verlässlichen Versorgung mit Nahrungsmitteln unverzichtbar. Wir Freie Demokraten bekennen uns zu modernen Züchtungsmethoden (CRISP/CAS) und beteiligen uns mit diesem Anspruch an der Weiterentwicklung der Ackerbaustrategie des Bundes. Gleichzeitig sind wir auch feste Partnerin der Landwirtinnen und Landwirte, die auf den Nutzen chemischer Pflanzenschutzmittel vertrauen. Der Klimawandel und mit ihm das Vordringen neuer Schadorganismen in unsere Breiten warten nicht auf uns. Hier müssen wir unsere Industrie in die Lage versetzen, den Produzenten angemessene Mittel zur Kontrolle an die Hand geben.

Jedes Angebot braucht eine Nachfrage, deshalb spalten wir Landwirtschaft nicht nach der Produktionsform, die sie für ihren Betrieb wählen, sondern begleiten alle Landwirte, die gesunde Nahrungsmittel, saubere Energie, mehr Tierwohl und nachhaltige Bewirtschaftung auf ihrem Hof weiterentwickeln. Die Branche braucht in Zukunft mehr Auswahl. Wir wollen Wahlfreiheit für die Bauerinnen und Bauern, genauso für die Verbraucher und Verbraucherinnen und stehen dabei für Vielfalt. Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die dazu beiträgt, die Herausforderungen des Bevölkerungswachstums, des Klimawandels und der Bedrohungen der Artenvielfalt zu meistern.

VOLT:

Ja, wir sind für Expert*innen-Runden, die sich aus allen beteiligten Bereichen zusammensetzen, um einen kontinuierlichen Dialog zu fördern, aus dem letztendlich auch kreative Lösungsansätze entstehen. Ganz generell sind wir für die Reduzierung von Pestiziden und Mineraldünger. Wir fordern einen Herbizid-freien Weinbau, der zukünftig komplett ökologisch werden soll und ohne Monokulturen zur Förderung der Biodiversität.

2. Rückstandsmonitoring und Pflanzenschutzkataster - Daten und Transparenz

Zuerst brauchen wir eine Datengrundlage um gezielt Maßnahmen zu ergreifen. Eine wissenschaftliche Arbeit wird so erst möglich. Das Rückstandsmonitoring ermöglicht ein gezieltes Vorgehen anstatt flächendeckenden Verboten. Notwendige Reduktionsstrategien können auf kleinste Bereiche (Hotspots) begrenzt werden. Rückstandsuntergrenzen können festgelegt werden. Im Rahmen des deutschen Bienenmonitorings, wurde in Rheinland-Pfalz an einem Messpunkt die bundesweit größte Anzahl von Wirkstoffrückständen in Blütenpollen nachgewiesen, verschiedene Substanzen in einer einzigen Probe. Viele Wirkstoffe überstiegen die zulässigen Grenzwerte. Blütenpollen sind Nahrungsgrundlage für die Nachkommen von Bestäuberinsekten wie Wildbienen, Hummeln und Honigbienen. Die Blütenpollen eignen sich in Form von sogenanntem „Bienenbrot“, das sind von Honigbienen gesammelte und im Bienenvolk eingelagerte Blütenpollen, für ein Monitoring. Das Verfahren ermöglicht maßgeschneiderte, örtlich begrenzte Reduktionsstrategien mit möglichst wenig Einschränkungen für die Landwirtschaft.

SPD:

Wie bewerten Sie die Möglichkeiten und Chancen bei der Umsetzung eines Rückstandsmonitorings?

Bereits jetzt werden Lebensmittel tierischen Ursprungs wie Fleisch, Eier oder Honig aber auch Obst und Gemüse EU-weit auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln untersucht. Aus unserer Sicht funktioniert diese Methodik gut, da die Probenahme zielorientiert erfolgt. Das bedeutet, dass

Kenntnisse über örtliche oder regionale Gegebenheiten berücksichtigt werden. Inwieweit dies im Bereich Honig bzw. Imkereiprodukte ausgeweitet werden kann, muss geprüft werden.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine solche APP z.B. mit der „Geobox“ zu verwirklichen?

Bereits jetzt sehen wir in den Möglichkeiten des „smart farming“ einen Weg, die Herausforderungen von Preisdruck, Qualität und Ressourcenschutz zu bewältigen. Mit dem Einsatz digitaler Technologien in Landwirtschaft und Weinbau können die Ressourceneffizienz erhöht, die Qualität verbessert, das Tierwohl gefördert und die Produktion umweltschonender gestaltet werden. Wir wollen unsere Betriebe durch Beratungsangebote hierbei unterstützen und weiterhin fit für die Zukunft machen. Zusammen mit den entsprechenden Akteuren im Land – wie der TU Kaiserslautern, dem DFKI und dem Umweltcampus in Birkenfeld – wollen wir ein praxisorientiertes Netzwerk zur Unterstützung unserer Betriebe neu errichten. Eine Erweiterung der „Geobox“ in Bezug auf einen möglichst sparsamen und zielgerichteten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kann dabei eine sinnvolle Möglichkeit sein.

Welchen Beitrag kann die Politik in RLP leisten, die Reduktion beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schneller umzusetzen?

Wie oben erwähnt halten wir eine weitere Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln für geboten und sinnvoll. Forschung und Entwicklung zu entsprechenden Möglichkeiten werden wir ebenso unterstützen wie die Landwirtinnen und Landwirte, diesen Weg zu gehen.

Welche Maßnahmen planen Sie in diesem Zusammenhang zur Umsetzung der EU-Farm to Fork Strategie in Rheinland-Pfalz?

Die Pariser Klimaziele, der Green Deal sowie die Farm-to-Fork- und Biodiversitätsstrategie müssen unserer Ansicht nach zwingend in der Agrarpolitik verankert werden. Die Landwirtschaft muss wie alle anderen Sektoren ihren Beitrag leisten, damit wir bis spätestens 2050 klimaneutral leben und wirtschaften können. Die hierfür notwendigen Veränderungen erfordern eine weitreichende Neuausrichtung der politischen Rahmenbedingungen, insbesondere der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) und ihrer nationalen Umsetzung. Leitlinie dafür ist, Landwirtinnen und Landwirte zielgerichtet darin zu unterstützen, die Belange von Klima-, Umwelt- und Naturschutz bei ihrer Arbeit wirksam zu berücksichtigen und den Betrieben damit zugleich neue Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen. Die in der Farm-to-fork-Strategie beschriebene Reduzierung von Pestiziden wollen wir auch in Rheinland-Pfalz umsetzen, insbesondere der Öko-Aktionsplan wird dazu einen Beitrag leisten.

Bündnis 90/Die Grünen:

Wie bewerten Sie die Möglichkeiten und Chancen bei der Umsetzung eines Rückstandsmonitorings?

Wir werden ein eigenes Pestizidreduktionsprogramm entwickeln und dadurch schrittweise alle chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel durch wirksame biologische, naturverträgliche Verfahren ersetzen. Wir werden in unseren Schutzgebieten damit beginnen, indem wir die Pflanzenschutz- und Düngemittel auf die im Ökoland zugelassenen beschränken. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Berichtspflicht zum Pestizideinsatz stark machen und fordern zusätzlich eine massive Erhöhung der Forschungsmittel für die Entwicklung von naturverträglichen, alternativen Mitteln.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine solche APP z.B. mit der „Geobox“ zu verwirklichen?

Wir begrüßen diesen innovativen Vorschlag zur Integration einer solchen App in die GeoBox. Eine solche Integration sollte hinsichtlich der Vorgaben zum Datenschutz und möglichen rechtlichen Grundlagen überprüft werden.

Welchen Beitrag kann die Politik in RLP leisten, die Reduktion beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schneller umzusetzen?

Neben den digitalen Chancen wollen wir auch innovative Ansätze für eine zukunftsfähige Landwirtschaft nutzen. Dazu zählen Strategien wie eine standortoptimierte Sortenauswahl, die der Klimakrise und damit verbundenen Risiken von Schaderregern nachhaltig begegnen. Dazu gehört für uns auch, die praxisorientierte Aus- und Weiterbildung von Landwirt*innen auszubauen.

Denn das Ziel unserer Agrarpolitik ist es, die Belastung durch schädliche Pflanzenschutzmittel deutlich zu reduzieren. Dafür werden wir die Forschung und Entwicklung von umweltschonenden Verfahren an rheinland-pfälzischen Forschungs- und Lehreinrichtungen ankurbeln und ein Landesprogramm zur Reduktion starten.

Welche Maßnahmen planen Sie in diesem Zusammenhang zur Umsetzung der EU-Farm to Fork Strategie in Rheinland-Pfalz?

Schrittweise sollen im Rahmen des Reduktionsprogramms und mit Hilfe der Forschung und Entwicklung von umweltschonenden Verfahren alle chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel durch wirksame biologische, naturverträgliche Verfahren ersetzt werden. Wir wollen in unseren Schutzgebieten damit beginnen, die Pflanzenschutz- und Düngemittel auf die im Ökoland zugelassenen zu beschränken.

Wir fordern und benötigen von der Bundesregierung deutlich mehr Mittel, um auch Alternativen zu erforschen. Auf Bundesebene werden wir uns deshalb für eine Pestizidabgabe einsetzen, deren Erträge für die Erforschung der Wirkungen von Pestiziden auf Mensch und Umwelt und alternativer Mittel eingesetzt werden soll. Unser Ziel: wir wollen die von der EU in der "farm to fork"-Strategie angestrebte Pestizidreduktion bis 2030 in Rheinland-Pfalz sukzessive umsetzen.

FDP:

Wie bewerten Sie die Möglichkeiten und Chancen bei der Umsetzung eines Rückstandsmonitorings?

Rückstandsuntersuchungen auf Pflanzenschutzmittel und andere unerwünschte Stoffe leisten einen grundlegenden Betrag zur Lebensmittelsicherheit. Die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz unterstützen die Anstrengungen zur Qualitätssicherung unter anderem mit einer Datenbank für Rückstandsmonitoring.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine solche APP z.B. mit der „Geobox“ zu verwirklichen?

Eine moderne, digital unterstützte Landwirtschaft trägt entscheidend dazu bei, den Einsatz von Ressourcen standortangepasst zu optimieren und zu reduzieren. Rheinland-Pfalz hat bei der digitalen Transformation der Landwirtschaft und des Weinbaus mit seinen Landwirten, seinen Verwaltungs- und Beratungseinheiten und der Innovationskraft seiner mittelständischen Betriebe viele Alleinstellungsmerkmale im bundesweiten Vergleich. Die „GeoBox-Infrastruktur“, ein bundesweit einzigartiges Partnerschaftsprojekt zwischen Forschungseinrichtungen und dem Land Rheinland-Pfalz is made in Rheinland-Pfalz. Mit dem „GeoBox-Messenger“ wurde ein Kommunikationstool geschaffen, das auf einem hohem Datensicherheitsniveau die Agrarberatung reformieren wird. Die

bestehenden Agrarportale werden wir weiter ausbauen und verstärkt digitale Potenziale für die Landwirtschaft nutzbar machen.

Welchen Beitrag kann die Politik in RLP leisten, die Reduktion beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln schneller umzusetzen?

Pflanzenschutzmittel werden in den landwirtschaftlichen, gartenbaulichen und weinbaulichen Betrieben in aller Regel verantwortungsbewusst und bestimmungsgemäß eingesetzt. Dem Grundsatz „So wenig wie möglich, so viel wie nötig“ wird dabei Rechnung getragen. Wir arbeiten daran, dass Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel europaweit vereinheitlicht und deutlich beschleunigt werden. Auch wollen wir den Einsatz von Drohnen zu Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln schnellstmöglich zur Marktreife bringen und die notwendigen regulativen Voraussetzungen schaffen. Auf Initiative der Freien Demokraten hat Rheinland-Pfalz die ersten notwendigen Schritte bereits gemacht. Den bislang erfolgreichen Weg wollen wir nun fortsetzen.

Welche Maßnahmen planen Sie in diesem Zusammenhang zur Umsetzung der EU-Farm to Fork Strategie in Rheinland-Pfalz?

Wir denken die Vermarktung regionaler Lebensmittel ganzheitlich. Vom regionalen Anbau und der regionalen Aufzucht, von der regionalen Produktion und Vermarktung bis hin zum regionalen Genuss: Für uns Freie Demokraten ist klar: „Aus der Region – für die Region“ ist die beste Unterstützung für unser Landwirtinnen und Landwirte. Daher wollen wir die bestehenden regionalen Vermarktungsstrukturen evaluieren und modernisieren. Dabei setzen wir bei der Entwicklung und Vermarktung auf qualitativ hochwertige Angebote mit hoher regionaler Wertschöpfung.

VOLT:

Ja. Abgesehen von einer allgemeinen Reduktion der Pestizide auf ein nötiges Minimum, halten wir ein Monitoring für sinnvoll, um Bereiche zu identifizieren, die stark belastet sind. Infolgedessen können in diesen Räumen gezielt Maßnahmen umgesetzt werden, um die Pestizidrückstände zu minimieren oder stark belastete Blühstreifen notfalls abzumähen.

Ja, wir wollen insgesamt einen Ausbau der digitalen Kommunikation zwischen Erzeugern und Verwaltung sowie eine bessere Vernetzung der Institutionen, um den administrativen Aufwand zu verringern und die Zusammenarbeit zu fördern. Die vorgeschlagene App passt hier sehr gut ins Konzept, vor allem, da wir uns für evidenzbasiertes Vorgehen aussprechen, wie auch für Transparenz.

3. Gewässerrandstreifen

Gewässer gewinnen mit zunehmendem Auftreten von Dürren an Bedeutung. Zum einen kann sich der landwirtschaftliche Betrieb glücklich schätzen, der seine Flächen an Gewässern hat, andererseits werden Gewässer nicht nur für Wasserorganismen und Amphibien, sondern auch für eine Vielzahl von landlebenden Tieren existenziell. Gewässer stellen bedeutende Biotopverbindungslinien der Landschaft dar. Darum schlagen wir vor, die vom Bundeskabinett aktuell für Gewässer der 1. und 2. Ordnung beschlossenen Maßnahmen (mindestens 5 Meter breite Gewässerränder ohne Anwendung von Pflanzenschutzmittel, 5. VO zur Änd. der PflSchAnwV.) wie empfohlen, auch bei Gewässern 3. Ordnung einzuführen. Landwirtschaftliche Betriebe, die durch diese Maßnahme in ihrer Existenz gefährdet würden ist ein angemessener Ausgleich zu erstatten (Förderprogramm Gewässerrand auflegen).

SPD:

Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Ausgestaltung eines Förderprogramms „Gewässerrand“?

Die Bedeutung der Gewässerrandstreifen in Bezug auf den Erhalt der Artenvielfalt und den Schutz von Flora und Fauna ist hoch. Dies wird z.B. auch in den Plänen des SPD-geführten Bundesumweltministeriums beim Insektenschutzgesetz sowie dem Aktionsprogramm Insektenschutz deutlich, in dem diese unter besonderen Schutz gestellt werden. Unserer Ansicht nach sollten die dort beschriebenen Maßnahmen zum Schutz von Insekten zunächst umgesetzt werden. Hier sind besonders die Ausweitung des gesetzlichen Schutzes auf für Insekten wichtige Biotope, das Verbot von Herbiziden und biodiversitätsschädigenden Insektiziden in einem Großteil der Schutzgebiete, ein Gewässerabstand von zehn Metern, wenn dauerhaft begrünt von fünf Metern bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die rechtsverbindliche Beendigung des Glyphosateinsatzes im Jahr 2023 sowie strengere Vorgaben für die Düngung in Reaktion auf das EU-Nitrat-Klageverfahren zu nennen. Eine Ausweitung dieser umfassenden Regeln planen wir zunächst nicht, Ziel ist als nächster Schritt die Umsetzung und Anwendung der Regeln.

Bündnis 90/Die Grünen:

Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Ausgestaltung eines Förderprogramms „Gewässerrand“?

Es existiert bereits ein Agrar-Umweltprogramm zur Förderung von Anlegen und Extensivieren von Gewässerrandstreifen. Wir wollen gemeinsam mit der Landwirtschaft dieses Programm mit dem Landesprogramm „Gewässerschonende Landwirtschaft“ weiterentwickeln und im Rahmen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie möglichst alle Gewässer in einen potenziell guten ökologischen Zustand versetzen. Zudem werden wir unsere Schutzgebiete und wertvolle Biotope wie Streuobstwiesen und Gewässerränder miteinander vernetzen und in eine übergeordnete Biotopvernetzung einplanen.

FDP:

Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Ausgestaltung eines Förderprogramms „Gewässerrand“?

Der ländliche Raum ist für uns ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens- und Entwicklungsraum. Er ist keine „Restfläche“ für Wasserschutzzonen und ökologische Ausgleichsräume. Durch staatliches Handeln dürfen Eigentumsrechte nicht ersatzlos verloren gehen. Sozialbindung darf nicht zur Nutzungseinteignung führen. Auflagen und Gebote der Umwelt- und Naturschutzpolitik, die nicht fachlich begründet und gerechtfertigt sind, sind aufzuheben. Das Prinzip „Pflege durch Nutzung“ muss weiter ausgebaut und in stärkerem Umfang angewandt werden, damit die landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Händen der Bäuerinnen und Bauern bleiben. Vertragsnaturschutz hat für uns Freie Demokraten eindeutig Vorrang gegenüber ordnungspolitischen Maßnahmen. Die gute landwirtschaftliche Praxis muss im Sinne der naturschutzfachlichen Anforderungen des Bundesnaturschutzgesetzes als gesetzeskonform gelten. In der Bewässerung müssen wir nach intelligenten, weil wasser- und kostensparenden Methoden der Wasserversorgung suchen. Denn wir wollen den Anbau von Sonderkulturen im Land erhalten und ausbauen.

VOLT:

Ja, wir fordern eine ambitionierte Renaturierung von Flusslandschaften, um die Artenvielfalt in und um Gewässer zu schützen und zu fördern. Dazu gehören auch kleine Gewässer.

4. Beratung – Schulung

Der Beratung und Schulung kommt eine Schlüsselrolle zur Ausrichtung der Landwirtschaft zu. Hier schlagen wir vor, die Officialberatung hin zu alternativen Ansätzen zu Öffnen.

SPD:

Auf welche Beratungsinhalte wollen Sie den Schwerpunkt setzen? Welche agrarpolitischen Maßnahmen wollen Sie zur Steigerung der Biodiversität ergreifen?

Die größte Herausforderung der Zukunft für die Landwirtinnen und Landwirte in Rheinland-Pfalz ist die Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Hier sehen wir auch den entsprechenden Bedarf für Schulung und Weiterbildung.

Die Landwirtschaft muss einen Beitrag für den Erhalt der Biodiversität leisten. Neben dem bereits erwähnten reduzierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kann dies auch über die passende Bewirtschaftung geschehen. Auch mit unserem Blühstreifenprogramm fördern wir die Biodiversität in Agrarlandschaften. Diese Fördermaßnahme wollen wir weiterentwickeln, um so aktiv dem Insektensterben entgegenzuwirken und einen Beitrag zur biologischen Schädlingsbekämpfung zu leisten.

Bündnis 90/Die Grünen:

Auf welche Beratungsinhalte wollen Sie den Schwerpunkt setzen?

Wir wollen junge Menschen für die Grünen Berufe begeistern. Dafür bedarf es einer effizienten und modernen staatlichen Landes-Agrarverwaltung. Diese muss eine gute wissenschaftliche Grundlage schaffen, um neutral Wissen an die Branche zu vermitteln, zu beraten und Ausbildung auf höchstem Niveau in allen Fragen und Herausforderungen anbieten und begleiten zu können. Dazu zählen neben einer kompetenten Beratung, auch in ökonomischen Fragen, der Erhalt der biologischen Vielfalt, der Schutz des Wassers, des Bodens und des Klimas sowie das Tierwohl, die Digitalisierung, Hauswirtschaft und Ernährung. Wir werden den Dreiklang Forschung, Lehre und Beratung bei den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) so stärken, dass die aktuelle Forschung direkt in die Lehre, Ausbildung und Beratung einfließt.

Gemeinsam mit den Hochschulen im Land wollen wir Forschungsstandort Nummer Eins bei einer umwelt-, klima- und tierechten Landwirtschaft werden.

Für eine offene Lehre über den Anbau müssen die Methoden der ökologischen Landwirtschaft und des ökologischen Weinbaus in den Unterricht einfließen. Ziel ist es, dass jede*r Landwirt*in die jeweiligen Besonderheiten von ökologischer und konventioneller Wirtschaftsweise gleichermaßen kennt und die entsprechenden Kompetenzen erwirbt.

Welche agrarpolitischen Maßnahmen wollen Sie zur Steigerung der Biodiversität ergreifen?

Wie wollen unter anderem unsere Artenschutzprogramme für gefährdete Arten der Kulturlandschaften wie z.B. für den Kiebitz oder das Braunkelchen verstetigen und ausweiten. Daneben möchten wir unsere Pläne für einen flächendeckenden Biotopverbund weiterentwickeln und streben eine landesweite Umsetzung des Eh-Da-Flächen Projekts an, um sogenannte Eh-Da-Flächen, also vorhandene Weg- und Ackerränder, Verkehrsinseln und Entwässerungsgräben naturschutzfachlich aufzuwerten und miteinander zu verbinden.

Darüber hinaus werden wir den Schutz von Gewässerrändern und den Erhalt von wertvollen Streuobstwiesen durch eine Ausweitung der Agrarumweltprogramme sowie den Abschluss von langjährigen Pflegeverträge mit regionalen Streuobstinitiativen und Kommunen vorantreiben.

Wir möchten unsere zahlreichen Naturschutzgebiete aufwerten, indem wir eine flächendeckende, ökologische Landwirtschaft in diesen Gebieten anstreben und unterstützen. Bis zum Jahr 2030 sollen darüber hinaus 30 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Rheinland-Pfalz ökologisch und somit pestizidfrei bewirtschaftet werden.

FDP:

Auf welche Beratungsinhalte wollen Sie den Schwerpunkt setzen?

Wir stehen für eine starke staatliche Beratung in Verbindung mit einem leistungsfähigen Aus- und Weiterbildungssystem und einem modernen Versuchswesen. Der Staat muss dort aktiv werden, wo es um den optimalen Einsatz von Produktionsmitteln zur Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel bei gleichzeitigem Schutz der öffentlichen Güter Luft, Wasser und Boden geht. Der Staat kann aktiv werden, um gezielt zukunftsweisende Investitionen, Maßnahmen zur Risikovorbeugung oder strukturverbessernde Maßnahmen zu fördern. Dies gilt insbesondere für die Bodenordnung. Die Landwirte und Landwirtinnen sind als Unternehmer gefordert, die marktgerechte Produkte erzeugen und sich eigeninitiativ gegen Natur- und Vermarktungsrisiken absichern – sei es über Einrichtungen zum Schutz der Kulturen oder auf dem Versicherungsweg. Eine anwenderbezogene Grundlagenforschung muss in enger Abstimmung mit den universitären Einrichtungen sowie den Fachhochschulen im Land gesichert und ausgebaut werden, Synergien mit Einrichtungen jenseits der Landesgrenzen sind dabei zu nutzen.

Wechselnde Wetter- und Klimabedingungen stellen die Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Extremwetterlagen wie starker Niederschlag Phasen anhaltender Trockenheit sind Gefahren für den Ackerbau und das Grünland. Wir Freie Demokraten wollen die Landwirtinnen und Landwirte beim Risikomanagement besser unterstützen. Daher wollen wir die tragfähigen Konzepte der Risikovorsorge noch besser in bestehende Förder- und Beratungskulissen einbeziehen sowie bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Welche agrarpolitischen Maßnahmen wollen Sie zur Steigerung der Biodiversität ergreifen?

Die Freien Demokraten stehen für eine Umweltpolitik, die von Vernunft geleitet ist. Wir treffen Entscheidungen nicht auf der Basis von Ideologie. Für uns zählen Fakten und die Kraft des sachlichen Arguments. Wir bringen die berechtigten Interessen der Menschen, der Landwirtschaft und unserer Unternehmen in den Einklang mit ökologischen Notwendigkeiten. Unsere Umweltpolitik setzt nicht auf Verbote. Statt Paragraphen, Vorschriften und Gesetze zu verschärfen, investieren wir in Forschung und Entwicklung. Der beste Umweltschutz gelingt durch maximalen Erhalt der natürlichen Ressourcen durch die permanente Weiterentwicklung von Technologie und Innovation. Der Erhalt der Biodiversität dient nicht nur dem Naturschutz selbst, sondern auch der Bewahrung zukünftiger Möglichkeiten, Vorbilder der Natur nachzuahmen und natürliche Rohstoffe zu nutzen, von denen wir heute noch nicht wissen, dass wir sie gebrauchen können.

Der Schutz unserer Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Es ist die Verantwortung von uns allen, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Enkel in einem intakten Ökosystem aufwachsen können. Der Erhalt der Artenvielfalt, die Pflege unseres Waldes, der verantwortungsvolle Umgang mit Agrarflächen und die stetige Verbesserung der Wasserqualität stehen in unserer Umweltpolitik im besonderen Fokus.

CDU – Allgemeine Antwort

Unseren Lebensraum und damit auch die Insekten können wir nur erhalten und schützen, wenn wir eine gemeinsame Strategie entwickeln. Deshalb möchte die CDU die Lagerbildung, das schwarz-weiß Denken im Bereich der Umwelt, Landwirtschaft, dem Weinbau und Wald überwinden und setzt auf die Vernetzung der Akteure. Nur zusammen und nicht gegeneinander können wir Gutes für die Umwelt, die Artenvielfalt und die Landwirtschaft erreichen.

Natur- und Umweltschutz im ländlichen und urbanen Raum sind wichtige Elemente einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik, von der auch Insekten profitieren. Wir fördern die Diversifizierung der Kulturlandschaft durch produktionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen und Förderprogramme zur biologischen Vielfalt unserer Kulturlandschaft, wie z.B. Blühstreifen, Grünlanderhalt, Brachflächen und weniger Flächenversiegelung.

Ein wichtiges Element im Sinne einer Gesamtstrategie ist der Wissenstransfer und -austausch. Deshalb setzt sich die CDU für mehr interdisziplinäre Ausbildungs- und Studiengänge ein, die Umweltschutz, Klimaschutz und Landwirtschaft zusammenbringen. Mit praxisnahen Forschungsprojekten arbeiten wir an neuen Wegen, die Naturschutz für Landwirte und die Forstwirtschaft wirtschaftlicher gestalten.

Auch die Dorf- und Stadtentwicklung stehen vor der Herausforderung, sich klimatischen Veränderungen anzupassen und dabei auch Lebensraum für Insekten bereitzustellen. Wir werden die Flächenversiegelung minimieren und unsere Dörfer und Städte durch technische und ökologische Anpassungsmaßnahmen fit für den Klimawandel machen. Wir wollen Bewusstsein schaffen und Anreize setzen, die ökologische Vielfalt innerhalb der Siedlungsbereiche zu fördern, etwa durch Gärten, städtische Grünflächen, Dachbegrünung, ökologischen Wasserspeichern, erneuerbaren Energien, etc.

Wir sind überzeugt, nur zusammen und vernetzt können wir ein gutes Konzept für Mensch und Umwelt gestalten, das auch den nachfolgenden Generationen zugute kommt.